

# Christen und Muslime in Niedersachsen

## Mitteilungen 5, 2023

### 1. Niedersachsen

#### 1.1. Hannover: Brandanschlag auf Moschee am Weidendamm

In der Nacht vom 29. auf den 30. Mai wurde ein Brandanschlag auf die Moschee am Weidendamm in Hannover verübt. Polizeipräsidentin Gwendolin von der Osten sagte dem NDR, ein Restaurant in der Moschee sei mit Molotowcocktails angegriffen worden. Passanten hätten den Brand löschen können. Die Hintergründe seien noch unklar. Menschen kamen nicht zu Schaden ([mehr](#)).

Die Moschee gehört zum Verband „Milli Görüs“ (IGMG) und ist Mitglied im Landesverband Schura Niedersachsen. Der Vorsitzende des Verbands, Recep Bilgen, sagte, er vermute einen Zusammenhang mit dem dreißigsten Jahrestag des Brandanschlags von Solingen (s.u. 2.1.). Der Angriff sei „ein alarmierendes Zeichen für die steigende Islamfeindlichkeit in unserer Gesellschaft.“ Die IGMG Hannover erklärte, man lasse sich „von solchen feigen Handlungen nicht einschüchtern“. „Wir stehen für Frieden, Dialog und ein respektvolles Miteinander“, so der Vorsitzende Ibrahim Kidik ([mehr](#)).

Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und der Landesverband der Jüdischen Gemeinden versicherten der Moschee bei einem spontanen Besuch die Solidarität der Religionsgemeinschaften. Landesbischof Ralf Meister erklärte, es sei „entsetzlich und beschämend, dass es in der letzten Zeit immer wieder Anschläge auf muslimische Einrichtungen und Gebetsstätten in Deutschland gegeben“ habe. In Hannover bestehe ein friedliches Miteinander der unterschiedlichen Religionen sowie ein intensiver und vertrauensvoller Austausch. „Als evangelische Kirche setzen wir uns mit allen Kräften dafür ein, dass das nicht durch feige Anschläge gefährdet wird und stehen solidarisch an der Seite der muslimischen Gemeinden“ ([mehr](#)).

#### 1.2. Annett Abdel-Rahman wird Juniorprofessurin an der Universität Osnabrück

Die islamische Theologin und Religionslehrerin Annett Abdel-Rahman ist zur Junior-Professorin an der Universität Osnabrück ernannt worden. Seit dem 15. Mai hat sie die Juniorprofessur „Fachdidaktik des Islamischen Religionsunterrichts“ inne. Das teilte die Universität Osnabrück mit.

Abdel-Rahmans Forschungsschwerpunkt liege „auf der Kompetenzorientierung im islamischen Religionsunterricht vor dem Hintergrund der Nachhaltigkeit religiöser Bildung angesichts lebensweltlicher Herausforderungen muslimischer Kinder und Jugendlicher“, heißt es weiter. Dazu gehörten die „Analyse von Aufgaben, Zielen sowie Instrumenten religiösen Lernens an den Lernorten Schule und Moschee, sowie die Auseinandersetzung mit der Wirksamkeit interreligiösen Lernens“ ([mehr](#)).

Abdel-Rahman wirkte zuletzt als Landeskoordinatorin des niedersächsischen Kultusministeriums für den islamischen Religionsunterricht. Zuvor arbeitete sie als Religionslehrerin unter anderem in Hannover und an der Drei-Religionen-Grundschule in Osnabrück. Darüber hinaus engagierte sie sich im Beirat für den Islamischen Religionsunterricht und im Vorstand des Landesverbands Schura Niedersachsen. 2022 wurde sie mit einer Arbeit über Kompetenzorientierung im islamischen Religionsunterricht an der Universität Vechta promoviert.

#### 1.3. Was sonst noch war

- Göttingen: DITIB-Moschee erhält erneut rechtsradikalen Drohbrief ([mehr](#)); Kirchen und Ministerin Hamburg äußern sich solidarisch ([mehr](#))
- Hannover: Haus der Religionen setzt Kooperation mit der Universität Hannover fort; Seminar „Einführung in die Weltreligionen“ für angehende Religionslehrerinnen und Religionslehrer ([mehr](#))
- Aurich/Cuxhaven: Bundesanwaltschaft nimmt zwei mutmaßliche Mitglieder der Hisbollah fest ([mehr](#))
- Loccum: Direktorin Verena Grüter verlässt die Evangelische Akademie ([mehr](#)).

### 2. Allgemeine Lage

#### 2.1. Solingen: Bundespräsident Steinmeier ruft zu Wachsamkeit gegen rechts auf

Dreißig Jahre nach dem rassistisch motivierten Brandanschlag von Solingen hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier einen wachsam und wehrhaften Staat gegen rechten Terror gefordert. „Als Bundespräsident kann ich nicht dazu schweigen, in welchem Klima diese Anschläge gediehen sind“, sagte Steinmeier bei einer Gedenkveranstaltung in Solingen.

Viel zu lang sei das Land der Behauptung von den verblendeten Einzeltätern aufgesessen, sagte Steinmeier. Die Strukturen und die Ideologie der Täter seien ignoriert worden. Rechtsextreme und Rassisten entmenslichten den Einzelnen und verbreiteten damit Angst und Schrecken. „Ich nenne das: Terror. Dieser rechte Terror ist verantwortlich für die Toten hier in Solingen. Diesen rechten Terror gab es vor Solingen, und es gibt ihn nach Solingen“, so der Bundespräsident.

Am 29. Mai 1993 starben fünf Mädchen und Frauen, als Rechtsradikale das Wohnhaus der Familie Genç anzündeten: Saime Genç (4), Hülya Genç (9), Gülüstan Öztürk (12), Hatice Genç (18) und Gürsün Ince (27). Der Anschlag gilt als eines der schwersten rassistischen Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik. Kurz nach der Tat waren vier junge rechtsradikale Solinger im Alter zwischen 16 und 23 Jahren festgenommen worden. Sie wurden 1995 wegen Mordes verurteilt ([mehr](#)).

Das Gedenken fand zum ersten Mal ohne Mevlüde Genç statt, die 2022 verstorben war. Trotz des gewaltsamen Todes von zwei Kindern, einer Nichte und zwei Enkeln war sie stets für Versöhnung, Toleranz und Verständigung eingetreten. Sie sei eine „sehr starke Person gewesen, die unsere Gefühle am besten zum Ausdruck gebracht hat“, sagte ihr Sohn Kamil Genç. Diese Aufgabe müsse nun auf mehrere Schultern innerhalb der Familie verteilt werden. Zum Gedenken an Mevlüde Genç wurde der Platz vor dem ehemaligen Haus der Familie in „Mevlüde Genç-Platz“ umbenannt ([mehr](#)).

## **2.2. Koordinationsrat der Muslime: Angriffe auf Muslime nehmen dramatisch zu**

Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) hat einen entschiedeneren Kampf gegen antimuslimischen Rassismus gefordert.

Die Angriffe auf Muslime hätten zuletzt dramatisch zugenommen, sagte der Sprecher des KRM, Murat Gümüş. „Muslime werden beleidigt, bespuckt, angegriffen, Musliminnen werden Kopftücher heruntergerissen. Und das in der Bahn, im Bus, im Supermarkt oder auf Klassenfahrt. Allein in den vergangenen zwei Wochen wurden mindestens sieben solcher Angriffe registriert.“ Und das seien „nur die Fälle, die bekannt wurden. Es ist davon auszugehen, dass viele solcher Fälle gar nicht erst zur Anzeige gebracht werden.“

Auffällig sei, so Gümüş weiter, „dass sich die jüngsten Angriffe mehrheitlich in Ostdeutschland, und ganz besonders in Berlin, ereignet haben.“ „Es ist nicht nachvollziehbar, wieso bis auf wenige Ausnahmen sich politische Verantwortungsträger kaum zu dieser Zuspitzung äußern. Und das in einem Monat, in dem sich der Brandanschlag in Solingen zum 30. Mal jährt.“ Die Politik forderte der KRM auf, „die Anzahl des Sicherheitspersonals vor allem in öffentlichen Verkehrsmitteln deutlich“ zu erhöhen, insbesondere in Berlin ([mehr](#)).

## **2.3. Zentralrat der Muslime zieht Klage gegen den Islamunterricht in Nordrhein-Westfalen zurück**

Der Zentralrat der Muslime hat seine Klage auf Aufnahme in die Kommission für den Islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen zurückgezogen.

Die Landesregierung hatte dem Zentralrat die Mitarbeit in der Kommission mit der Begründung verweigert, er habe Verbindungen zu islamischen Organisationen mit verfassungsfeindlichen Tendenzen. Mit der Rücknahme der Klage und der Einstellung des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens sei diese Entscheidung nun bestandskräftig geworden, erklärte das Schulministerium auf Anfrage der katholischen Nachrichtenagentur ([mehr](#)).

Die Kommission war 2019 von der Landesregierung eingesetzt worden (s. Mitteilungen 7/2019, S. 1). Ihr gehören zurzeit sechs muslimische Verbände an. Voraussetzung für die Berufung in die Kommission ist unter anderem, „dass die Organisation in der Zusammenarbeit beim islamischen Religionsunterricht eigenständig und staatsunabhängig ist und die Verfassungsprinzipien achtet“ (s. Mitteilungen 5/2021, S. 2).

Der Zentralrat der Muslime steht unter anderem wegen seines Gründungsmitglieds ATIB (Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa) in der Kritik. Das Bundesamt für Verfassungsschutz rechnet die Union seit 2019 zur rechtsextremen Szene. Sie sei Teil der türkischen „Ülkücü“-Bewegung („Idealisten“-Bewegung). Die unter dem Namen „Graue Wölfe“ bekannte Gruppe fuße auf „einer nationalistischen und rassistischen rechtsextremistischen Ideologie“, so der Verfassungsschutz. ATIB teile ihre „Ideologie, die eine Überhöhung des Türkentums vertritt und von einem ausgeprägten Freund-Feind-Denken geprägt ist, das zu systematischer Abwertung anderer Volksgruppen oder Religionen, insbesondere der Kurden und des Judentums, führt“ (s. Mitteilungen 7/2020, S. 2). ATIB ist die mitgliederstärkste Organisation im Zentralrat der Muslime.

Der nordrhein-westfälische Landesverband des Zentralrats erklärte zum Rückzug der Klage, man wolle sich „sowohl inhaltlich als auch personell neu ausrichten“. Die Rechtsauffassung, dass das Kommissionsmodell „eine unzulässige Einmischung der Regierung“ in die Zuständigkeit der Religionsgemeinschaften darstelle, bestehe weiterhin ([mehr](#)).

## **2.4. Nach Türkei-Wahl: Cem Özdemir fordert härtere Linie im Umgang mit türkischen Imamen**

Bundesagrarminister Cem Özdemir (Grüne) hat nach der Wiederwahl des türkischen Präsidenten Erdoğan eine härtere Linie der deutschen Türkei-Politik gefordert. „Wir haben im Umgang mit Putin gesehen, wozu das führt, wenn man sich eine Situation schönredet“, sagte Özdemir in Solingen. „Die Zeitenwende, die wir Gott sei Dank endlich haben im Umgang mit Putin, die braucht es jetzt auch im Umgang mit türkischem Ultrationalismus, die braucht es jetzt auch im Umgang mit Fundamentalismus.“

Die Wiederwahl Erdoğan's habe Folgen auch für die deutsche Gesellschaft, so Özdemir. Man müsse zum Beispiel darüber sprechen, welche Konsequenzen es habe, „wenn die nächste Generation von Imamen aus der Türkei noch nationalistischer, noch religiös fundamentalistischer sein wird. Das werden ja welche sein, die Kinder beeinflussen in Deutschland.“ Fast alle Bundesländer verhandelten zurzeit mit islamischen Dachverbänden über Staatsverträge und über islamischen Religionsunterricht. „Und zwar völlig frei davon, welche Ausrichtung diese Verbände haben, wie sie stehen zu den autoritären Verhältnissen in den Herkunftsländern. Diese Art des Schönredens einer Situation, die von Jahr zu Jahr extremer wird, die muss ein Ende haben“, forderte Özdemir.

Auch der laute Jubel vieler Erdoğan-Anhänger in deutschen Städten sende ein verstörendes Signal an die deutsche Gesellschaft. „Die hupen, weil jemand eine Wahl gewonnen hat, der das Land in eine Art offenes Gefängnis verwandelt, während sie hier gleichzeitig die Vorzüge einer liberalen Demokratie genießen.“ Wenn junge Türken den Erdoğan-Sieg so ausgelassen feierten, sei das „gleichzeitig auch eine Absage an das Zusammenleben hier, eine Absage an die liberale Demokratie“, so Özdemir.

Bei der Stichwahl um das Amt des türkischen Staatspräsidenten hatten mehr als 65 Prozent der in Deutschland wahlberechtigten Türken für Präsident Erdoğan gestimmt. Er hatte die Stichwahl gegen Oppositionsführer Kemal Kılıçdaroğlu knapp für sich entschieden.

Der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, wies Özdemir's Kritik zurück. „Je mehr Bashing gegenüber den Wählerinnen und Wähler betrieben wird, desto mehr und entschlossener gehen die Menschen auch zur Wahl“, sagte er. Er „habe das Gefühl, dass viele Menschen hier in Deutschland sich nicht mit diesem Land identifizieren.“ Sie hätten das Gefühl, nicht hierher zu gehören. Die Politik müsse diesen Menschen ein Angebot machen. Entsprechend würden sich dann auch das Wahlverhalten und die politische Partizipation ändern ([mehr](#)).

### **2.5. Bundestag: Abgeordnete fordern Einrichtung einer islamischen Militärseelsorge**

Die Ampel-Fraktionen im Bundestag haben die Bundesregierung aufgefordert, islamische Militärseelsorger in der Bundeswehr einzusetzen. Im Februar 2023 hätten die ersten Studierenden am Islamkolleg in Osnabrück den Kurs für muslimische Seelsorge abgeschlossen, schrieben die Abgeordneten in einem Brief, aus dem die Neue Osnabrücker Zeitung zitiert: „Wir möchten das zum Anlass nehmen, um bei Ihnen für die Einrichtung einer muslimischen Militärseelsorge zu werben.“ Mittlerweile leisteten mehr als 3.000 Soldatinnen und Soldaten muslimischen Glaubens ihren Dienst in der Bundeswehr.

Der Brief ist vom stellvertretenden FDP-Fraktionschef Konstantin Kuhle, der migrationspolitischen Sprecherin der Grünen, Filiz Polat, und Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD) verfasst. Er richtet sich an Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und die Wehrbeauftragte Eva Högl (SPD).

Die evangelische, katholische und jüdische Militärseelsorge leiste einen unverzichtbaren Beitrag zur seelsorglichen Betreuung von Soldatinnen und Soldaten sowie deren Angehörigen, heißt es in dem Schreiben. Das Aufgabenspektrum der Streitkräfte und insbesondere die Auslandseinsätze hätten spürbare Auswirkungen auf die Lebenssituation von Soldatinnen und Soldaten sowie deren Familien. „Ihre religiöse Betreuung in der Bundeswehr muss für uns einen hohen Stellenwert haben“, so die Abgeordneten ([mehr](#)).

### **2.6. Dresden: Mann legt Feuer in einer Moschee**

Ein polizeibekannter Mann hat in Dresden ein Regal in einer Moschee angezündet. Wie die Polizei mitteilte, goss der 34 Jahre alte Mann eine Flüssigkeit über das Regal und zündete sie an. Ein Zeuge konnte das Feuer löschen. Er blieb laut Polizei unverletzt.

Beamte nahmen den Tatverdächtigen wenig später in seiner Wohnung fest. Der Staatsschutz ermittelt wegen schwerer Brandstiftung. Der Mann soll bereits im April einen Koran in einer Moschee angezündet haben ([mehr](#)).

## **3. Video**

### **Bestattung auf hinduistisch – Wie geht das?**

Religionen im Gespräch

Gast: Rajiny Kumaraiah, Hannover

Moderation: Wolfgang Reinbold, Haus kirchlicher Dienste der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers ([mehr](#)).

Hannover, den 31.5.2023

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.